

**Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 04.09.2008**

Tagungsort: Nowgorod Raum (Großer Konferenzsaal, Altes Rathaus)  
Beginn: 17:00 Uhr  
Sitzungspause: 20:10 - 20:40 Uhr  
Ende: 21:40 Uhr

**Anwesend:**

Vorsitz

Herr Franz	Bezirksvorsteher
Herr Henningsen	Stellv. Bezirksvorsteher
Herr Gerald Gutwald	Stellv. Bezirksvorsteher

CDU-Fraktion

Frau Heckeroth	
Herr Langeworth	
Herr Meichsner	Fraktionsvorsitzender
Herr Vogler	

SPD-Fraktion

Herr Emmerich		
Herr Klemme		
Frau Mertelsmann	Fraktionsvorsitzende	bis 18: 05 Uhr
Herr Suchla		ab 17:55 Uhr (TOP 9/10)

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Bauer	
Herr Gutknecht	Fraktionsvorsitzender
Herr Hahn	

BfB

Herr Micketeit

FDP

Frau George

Die Linke

Herr Ridder-Wilkens

Bürgernähe

Frau Helmecke

Nicht anwesend:

Herr Dr. Neu (SPD-Fraktion)

Verwaltung

Herr Frank  
Herr Beigeordneter Kähler  
Herr Kämper  
Herr Martin  
Herr Glasl  
Herr von Neumann-Cosel  
Frau Sißmann  
Herr Kricke

Umweltamt  
Dezernat 5  
Stab Dezernat 5  
Amt für Verkehr  
Amt für Verkehr  
Bauamt  
Bauamt  
Büro des Rates, Schriftführer

TOP

4.5, 7, 8  
6  
6  
9, 10  
9, 10  
17, 19.1, 19.3 - 19.5  
19.2

Gäste

Herr Meier  
Bürgerinnen und Bürger  
Pressevertreter

moBiel GmbH

9, 10

## Öffentliche Sitzung:

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Franz stellt Frau Anga Helmecke vor, die als Nachfolgerin für Herrn Dr. Fischer seitens der Gruppe Bürgernähe benannt worden sei. Herr Franz führt Frau Helmecke gemäß § 67 Abs. 3 GO NRW in ihr Amt ein und verpflichtet sie durch Verlesen der Verpflichtungsformel zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Frau Helmecke erklärt durch Handschlag ihr Einverständnis.

Sodann stellt Herr Franz die Beschlussfähigkeit der Bezirksvertretung Mitte sowie die ordnungsgemäße Einladung, die mit Schreiben vom 26.08.2008 fristgerecht zugegangen sei, fest.

Zur Tagesordnung fasst die Bezirksvertretung auf Vorschlag von Herrn Franz folgenden

### B e s c h l u s s:

**1. Folgende Punkte werden zusätzlich auf die Tagesordnung gesetzt:**

**TOP 4.4:           Umsetzung des Beschlusses des Schul- und Sportausschusses zur Bildung von Schulverbänden  
(Anfrage von B90/Grünen vom 26.08.2008, Drucks. 5738)**

**TOP 4.5:           Aufstellung von Informationstafeln an der Sparrenburg  
(Anfrage der CDU vom 28.08.2008, Drucks. 5756)**

**TOP 4.6:           Masten an der Detmolder Straße für Fahrrad- und Beleuchtungsleitungen  
(Anfrage der CDU vom 28.8.2008, Drucks. 5757)**

**2. Der Tagesordnungspunkt 12.1 „Veranstaltungsfläche vor der Radrennbahn“ wird von der Tagesordnung abgesetzt und in der nächsten Sitzung behandelt.**

**3. Aufgrund des großen öffentlichen Interesses werden die Tagesordnungspunkte 9 und 10 „Anpassung der Nikolaus-Dürkopp-Straße“ an den Einsatz breiter Stadtbahnen“ und „Stadtbahn im Dürkopp-Quartier“ vorgezogen und im Anschluss TOP 5 behandelt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 1**

**Fragestunde für Einwohner des Stadtbezirks Mitte**

Es werden keine Fragen von Einwohnerinnen oder Einwohnern aus dem Stadtbezirk gestellt.

-.-.-

**Zu Punkt 2**

**Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 56. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 14.08.2008**

Herr Ridder-Wilkens erklärt, dass seine Ausführungen zur Anfrage unter Punkt 4.1 unvollständig wiedergegeben worden seien. Im Übrigen bitte er darum, die Gruppe Die Linke zukünftig nicht in Anführungszeichen zu setzen.

**B e s c h l u s s:**

**Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 56. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 14.08.2008 wird unter Berücksichtigung der Anmerkung von Herrn Ridder-Wilkens nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 3**

**Mitteilungen**

**Punkt 3.1**

**Ausgeschriebene/begonnene/abgeschlossene Kanal- und Straßenbauvorhaben**

1. Eröffnungstermin für die Straßenbauarbeiten Mühlenstraße (Erneuerung des Asphaltdeckenbelages zwischen Heeper Straße und Ravensberger Straße) war der 19.08.2008. Die Bauarbeiten werden voraussichtlich in den Herbstferien vom 26.09. bis 11.10.2008 ausgeführt.
2. Eröffnungstermin für die Kanalbauarbeiten in der Herforder Straße/Wallbreite war der 27.08.2008. Die Bauarbeiten werden voraussichtlich im Zeitraum vom 30.06. bis 08.08.2008 ausgeführt.

- öffentliche Mitteilung -

-.-.-

**Punkt 3.2**

**Sanierung der Straßenbeleuchtung Weißenburger Straße**

Das Amt für Verkehr teilt mit, dass im Rahmen der Verträge zwischen der Stadt Bielefeld und den Stadtwerken Bielefeld GmbH jedes Jahr ca. 3.000 Beleuchtungsmasten auf ihre Standsicherheit überprüft würden. Die Straßenbeleuchtungsmasten der Weißenburger Straße seien 2008 auf ihre Standsicherheit überprüft worden. Die Prüfung habe ergeben, dass vier Masten zwischen der Holländischen Straße und der Huberstraße

ße auszustauschen seien. Dieser Austausch erfolge nach Rücksprache mit Pilzleuchten (Klarglas) und Energiesparlampen. Finanziert werde diese Maßnahme aus den Geldern für Mastsanierung der Straßenbeleuchtung. Die Kosten würden sich auf ca. 6.700 € belaufen. Zurzeit werde geprüft, ob eine Beitragspflicht nach §§ 127 ff. BauGB oder § 8 KAG NRW bestünde. Sollte dies der Fall sein, würden Anliegerbeiträge anfallen.

- öffentliche Mitteilung -

-:-:-

### **Punkt 3.3**

#### Parkleitwegweiser am Niederwall

Das Amt für Verkehr teilt mit, dass der im Niederwall unmittelbar hinter dem Pizza-Hut stehende Parkleitwegweiser des Öfteren angefahren werde. Hierdurch ergebe sich ein nicht unerheblicher Unterhaltungsaufwand. Auf Wunsch der Bezirksvertretung sei damals ein zweiter Wegweiser mit denselben Informationen kurz vor der Hagenbruchstraße aufgestellt worden. Dieser sei für den Parksuchverkehr so gut zu erkennen, dass der Parkleitwegweiser am Pizza-Hut nicht mehr erforderlich sei. Aus diesem Grunde werde dieser in der nächsten Zeit ersatzlos entfernt.

- öffentliche Mitteilung -

-:-:-

### **Punkt 3.4**

#### Entfernen einer Birke auf der Sparrenburg

Herr Frank teilt mit, dass am gestrigen Tage ein Antrag des Immobilienservicebetriebes zur Fällung einer Birke an den Ruinen am Windmühlendell eingegangen sei. Hintergrund sei die Fortführung der laufenden Abgrabungen auf der Sparrenburg, die in den Kronenbereich hineinreichen würden. Die Befunde der Abgrabungen würden die Vermutung nahe legen, dass das oberirdisch freigelegte Mauerprofil an die unterirdisch sichtbare Brückenkonstruktion, die die Windmühlebastion mit der mittelalterlichen Burganlage verbunden hat, anschliese. Dies ließe neue Rückschlüsse auf die Gestalt und Funktion der ursprünglichen Burganlage zu. Eine Ersatzpflanzung werde vom Antragsteller angeboten. Der Antrag sei noch nicht abschließend geprüft worden, die Verwaltung gehe allerdings davon aus, dass diese positiv ausfallen werde.

- öffentliche Mitteilung -

-:-:-

### **Punkt 3.5**

#### Termine

Herr Franz verweist auf nachstehende Termine:

- Öffentliche Veranstaltung zum Lärmaktionsplan für den Stadtbezirk Mitte am 09.09.08, 18:00 Uhr im Neuen Rathaus
- Öffentlichkeitsbeteiligung zum B-Plan „In den alten Gärten“ am

Dienstag, den 16.09.2008 um 18:30 Uhr im Kreishaus

- öffentliche Mitteilung -

-.-.-

**Zu Punkt 4**

**Anfragen**

**Zu Punkt 4.1**  
(öffentlich)

**Sachstand der Planungen für die Folgenutzung der ehemaligen Petrischule**  
**(Anfrage der SPD-Fraktion)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5725/2004-2009

Text der Anfrage:

Sachverhalt:

*Im Zusammenhang mit den Beschlüssen für den Ergänzungsbau der Lutherschule und deren Zusammenlegung am Standort Josefstraße hatte die Bezirksvertretung bereits 2007 beschlossen, dass die Verwaltung ein Konzept für die Folgenutzung der sanierungsbedürftigen Gebäude von „Luther II“ bzw. der ehemaligen Petrischule zeitnah entwickeln sollte. Auch der Schulausschuss hat im Kontext der Schulentwicklungsplanungen für Grundschulen am 10.06.08 u. a. beschlossen, dass die Verwaltung die Nutzung der ehemaligen Petrischule durch die dreizügige Volkeningschule und den damit verbundenen Aufwand an Baumaßnahmen prüfen sollte. Der Ergänzungsbau der Lutherschule wird voraussichtlich im April 2009 fertig gestellt, und dann kann „Luther II“ in dem Schulgebäude an der Petristraße zum Sommer 09 aufgegeben werden. Auch die Volkeningschule braucht Planungssicherheit. Es erscheint dringend notwendig, die Planungen für die Folgenutzung der ehemaligen Petrischule zu konkretisieren und den politischen Gremien vorzustellen.*

Frage:

*Wie ist der Sachstand für die Planung der Folgenutzung der ehemaligen Petrischule, und wann werden die Ergebnisse den politischen Gremien zur Beratung vorgestellt?*

Zusatzfrage:

*Welcher Zeitrahmen für notwendige Baumaßnahmen ist geplant, wenn das Schulgebäude durch die Volkeningschule zukünftig genutzt werden soll?*

Das Amt für Schule teilt mit, dass der Schul- und Sportausschuss am 10.06.2008 folgenden Beschluss gefasst bzw. Prüfauftrag erteilt habe:

„Der Schul- und Sportausschuss empfiehlt, die Zügigkeit der Volkeningschule auf drei Züge festzusetzen. Die Verwaltung wird beauftragt, den Umzug in das Gebäude der Petrischule zu prüfen, das dann saniert werden soll. Die Sanierung des Gebäudes Volkeningschule wird zunächst ausgesetzt.“

Dementsprechend habe das Amt für Schule noch vor den Sommerferien mit der Schulleitern der Volkeningschule ein mögliches Raumnutzungskonzept für das Gebäude der Petrischule erörtert, das folgende Eckpunkte umfasse:

- Deckung des Raumbedarfs einer dreizügigen Grundschule, möglichst entsprechend Musterraumprogramm
- Weiterbestand von Cafe/Mobysports im EG des Gebäudes
- Ergänzende bzw. verbesserte Raumausstattung für OGS (evtl. mit Einrichtung einer 5. Gruppe wegen hoher Anmeldezahlen und Warteliste) und für das Betreuungsangebot „Acht bis Eins“
- Kein unvertretbarer „Leerstand“ von vorhandenen Räumen, die für Grundschulzwecke nicht benötigt würden

Ferienbedingt sei dieses Raumnutzungskonzept verwaltungsintern noch nicht abschließend bearbeitet.

Zur Zusatzfrage führt das Amt aus, dass der Neubau der Lutherschule an der Josefstraße voraussichtlich Mitte April 2009 bezugsfertig sein werde. Erst danach könne das Petrischulgebäude freigezogen, saniert und für eine mögliche Grundschulnutzung hergerichtet werden. Voraussetzung für eine möglichst frühzeitige Bauplanung, Ausschreibung und zeitnahe Realisierung sei die entsprechende Mittelbereitstellung in 2009, da bisher keine Mittel für die Maßnahme kalkuliert bzw. veranschlagt seien. Der Schul- und Sportausschuss sowie der BISB hätten spätestens im Dezember 2008 über das Schulbausanierungsprogramm 2009 zu entscheiden. Dabei sei zu beachten, dass das aktuell vorgesehene jährliche Volumen des Schulbausanierungsprogramms von rd. 5,1 Mio. € durch die Mitfinanzierung des Max-Planck-Gymnasiums derzeit keinen Spielraum für eine Finanzierungsmöglichkeit des Petrischulgebäudes aus dem Schulbausanierungsprogramm erkennen lasse. Vorbehaltlich der Klärung dieser zurzeit noch nicht zu beantwortenden Finanzierungsfrage könne mit der Umsetzung der Maßnahme nach den Sommerferien 2009 begonnen werden. In Abhängigkeit vom notwendigen Maßnahmeumfang könnte die Schule Anfang 2010 genutzt werden.

**Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.**

-.-.-

**Zu Punkt 4.2**  
(öffentlich)

**Private Silvesterfeiern auf der Sparrenburg und der Promenade**  
**(Anfrage der CDU-Fraktion)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5727/2004-2009

Text der Anfrage:

Sachverhalt:

*Unter Bezugnahme auf die Antwort auf die Anfrage zur Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 14.02.2008 zu TOP 4.1 wurde in der Bezirksvertretung der Wunsch geäußert, nicht erst im November Überlegungen anzustellen, mit welchen Mitteln eine bessere Kanalisierung der privaten Silvesterfeiern erfolgen könne (vgl. hierzu Protokoll 14.02.08, TOP 4.1, S. 7 ff.)*

Frage:

*Ist dem Wunsch entsprochen worden?*

Zusatzfrage:

*Wenn nicht, wie und wann beabsichtigt die Verwaltung die Sicherstellung der rechtzeitigen Vorstellung und Beratung der beabsichtigten Maßnahmen in der Bezirksvertretung?*

Das Ordnungsamt weist darauf hin, dass es in der Beantwortung der letzten Anfrage vom 14.02.2008 das Spektrum möglicher denkbarer Maßnahmen aufgezeigt habe. Dieses Spektrum reichte von der Sperrung des Burggeländes bis zu einer stärkeren Präsenz von Ordnungskräften. Die Zuständigkeit des Ordnungsamtes als örtliche Ordnungsbehörde sei nicht bei allen Maßnahmenvorschlägen gegeben. Am 26.02.2008 habe ein erstes Abstimmungsgespräch zwischen Polizei und Ordnungsamt stattgefunden. Das nächste Abstimmungsgespräch sei für den 07.10.2008 terminiert. Diese Gespräche bezögen sich allerdings auf reine Sicherheitsaspekte. Zur Zusatzfrage führt das Ordnungsamt aus, dass mögliche polizeiliche Maßnahmen nicht in der Bezirksvertretung Mitte beraten würden. Das Ordnungsamt werde die Bezirksvertretung über beabsichtigte ordnungsrechtliche Maßnahmen informieren.

Bezug nehmend auf die Diskussion vom 14.02.08 betont Herr Meichsner, dass er nicht nur eine Information erwarte, sondern eine Abstimmung der Maßnahmen mit der Bezirksvertretung. Er gehe davon aus, dass dieses spätestens in der Sitzung im Oktober d. J. erfolgen werde.

**Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.**

-.-.-

**Zu Punkt 4.3**  
(öffentlich)

**Änderung des Ausbaustandards Detmolder Straße**  
**(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5728/2004-2009

Text der Anfrage:

Sachverhalt:

*Die jetzige Situation auf der Detmolder Straße während der Umbauphase zeigt deutlich, dass die durch die Baustellensituation bedingte Zweispurigkeit sowie die Reduzierung der Geschwindigkeit auf Tempo 30 zu keinem Verkehrschaos bzw. zu dem von verschiedenen Akteuren prognostizierten Verkehrskollaps in Bielefeld führt und bis dato geführt hat. Auch die Verkehrslenkungsmaßnahmen bezüglich der LKW-Verkehre auf der Detmolder Straße sind entgegen früherer Aussagen problemlos umsetzbar gewesen und stellen sich aktuell als effektiv dar.*

*Zudem ist beobachtbar, dass die Umleitungsverkehre nicht zu solch großen Mehrbelastungen auf anderen Straßen führen, dass es hier zu übermäßigen Staus oder größeren Beeinträchtigungen im Stadtgebiet kommt.*

*Im Gegensatz zu früheren Aussagen verschiedenster politischer Akteure*

*und gutachterlicher Prognosen zeigt sich heute im Praxistest, dass die Vorschläge der Bürger und Bürgerinnen des „Runden Tisches Detmolder Straße“ praxisnah umsetzbar und zukunftsorientiert gewesen waren, d. h., ein zweispuriger Ausbau der Detmolder Straße mit Radwegen zu keinen erheblichen Verkehrsbelastungen in Bielefeld führen würde.*

*Die heutigen Aussagen zum Demographischen Wandel (Abnahme der Bevölkerung und stärkere Frequentierung des ÖPNV, s. auch MoBiel 2008: Abnahme des Individualverkehrs um 15 % bis 2030), geändertes Nutzerverhalten bei steigenden Benzinkosten und kontinuierlicher Erhöhung des Radverkehrsanteils in Nordrhein-Westfalen (s. Aussagen der AGFS - Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW e. V., in der auch die Stadt Bielefeld Mitglied ist), lassen den Schluss zu, dass der jetzig gewählte und politisch mehrheitlich beschlossene Ausbaustandard der 4-Spurigkeit ohne Radwege und den für die Anwohner belastenden Blockumfahrungen durch die Anliegerviertel, überdimensioniert ist.*

1. Frage:

*Ist zum jetzigen Zeitpunkt eine Änderung des Ausbaustandards der Detmolder Straße zur Zweispurigkeit mit Anlage von Fahrradwegen noch möglich und welche zeitliche Verzögerung und Kosten würden für die Stadt Bielefeld dadurch entstehen?*

2. Frage:

*Ist auf Grund des jetzigen Ausbaustandards ein späterer Rückbau auf zwei Spuren mit Anlage von Fahrradstreifen technisch möglich?*

Im Rahmen der Beantwortung merkt das Amt für Verkehr zunächst an, dass in der Anfrage verschiedene Fakten und Annahmen aufgeführt seien, die entweder nicht richtig seien oder deren Einschätzung von der Verwaltung nicht geteilt werde. Hierzu beispielhaft folgende Anmerkungen:

- *es werde von 'durch die Baustellentätigkeit bedingte Zweispurigkeit' gesprochen*  
Richtig ist, dass der Baustellenbereich einspurig in Richtung stadtauswärts befahrbar sei. Gegenverkehr sei nicht zugelassen, die zweite Spur werde ausschließlich von der Stadtbahn im Beidrichungsverkehr befahren.
- *zum Thema Mehrverkehre*  
Es gebe Beschwerden von Anwohnern über Mehrverkehre in den Wohngebieten oberhalb und unterhalb der Detmolder Straße. Mehrverkehre seien in der Oelmühlenstraße, der Hermannstraße, dem Niederwall und der Durchfahrung der Altstadt über die Strassen Am Bach/Neustädter Straße/Hans-Sachs-Straße zu beobachten. Dabei seien einzelne Knotenpunkte wie Hermannstrasse/Turnerstraße und Hermannstraße/Niederwall überlastet. Insgesamt verteilten sich die Verkehre großräumig auf die Hauptverkehrsstraßen. Es komme deshalb nicht zum Verkehrschaos, da, wie im Vorfeld beschlossen, diese Hauptverkehrsstraßen frei von planbaren Baustellen seien. Dies sei durch das Vorziehen vieler Baumaßnahmen bspw. an der Herforder Straße, Eckendorfer

Straße und Heeper Straße in den vergangenen Jahren erreicht. Daher sei hinsichtlich der baustellenbedingten Störungen derzeit eine besondere Situation vorzufinden, wie sie in Zukunft nicht mehr anzutreffen sein werde. Außerdem sei bei aller Euphorie über die derzeitige zufriedenstellende Baustellensituation zu bedenken, dass die schwierigsten Bauphasen, bei denen die Sperrung der Detmolder Straße an der Kreuzung in Sieker einsetzen werde, noch bevorstünden.

- *Die Aussagen zur zukünftigen Verkehrsentwicklung seien einseitig dargestellt, da nur die Einflussgrößen dargestellt seien, die sich möglicherweise verkehrsreduzierend auf den Individualverkehr auswirken würden.*

Es gebe allerdings auch andere Faktoren, die sich verkehrserhöhend auswirken würden, wie z. B.

- die zunehmende Motorisierung der Bevölkerung, insbesondere der Frauen und der älteren Menschen
- die zunehmenden Reiseweiten zum Arbeitsplatz
- der zunehmende Verkehr im Freizeitbereich.

Insgesamt sei daher die Verwaltung der Auffassung, dass der derzeitige Bauzustand keine Rückschlüsse auf den Ausbaustandard der Detmolder Straße zulasse.

Zur ersten Frage führt das Amt für Verkehr aus, dass der Planungszeitraum der Detmolder Straße für

- der Ausbaustandardbeschluss einschl. Bürgerbeteiligung
  - die Schaffung von Planungsrecht
  - die Einplanung und Bewilligung von Zuschüssen
  - den Grunderwerb
  - die Bauvorbereitung einschließlich Bürgerbeteiligung mit den übrigen Baupartnern UWB, Stadtwerke, moBiel etc.
  - die Ausschreibung und Vergabe der Bauleistungen
- bekanntlich ca. 15 Jahre betragen habe.

Ob eine Neuplanung einen kürzeren Zeitraum beanspruchen würde, könne angesichts der Vielzahl der herbeizuführenden Entscheidungen nicht prognostiziert werden. Zum derzeitigen Zeitpunkt seien bereits mehrere Mio. Euro in die Bauvorbereitung, den Grunderwerb, die Herrichtung von Umleitungsstrecken und Realisierung der Baumaßnahme im Bauabschnitt 1 und in den Bauabschnitten 2 - 5 geflossen. Bei einer Kündigung des Bauvertrages sei von Schadenersatzforderungen ebenfalls in Mio. Euro-Höhe auszugehen. Aus vorgenannten Gründen und im Hinblick auf den desolaten Straßenzustand seien ein Baustopp und eine Neuplanung nicht verantwortbar, sie sei allerdings auch nicht erforderlich.

Zur Zusatzfrage erklärt das Amt für Verkehr, dass diese Frage nicht geprüft worden sei, da sie nicht Gegenstand der politischen Beschlussfassung gewesen sei. Es sei allerdings darauf hinzuweisen, dass eine geförderte Baumaßnahme einer Zweckbindung unterliege, die 20 Jahre nach Erstellung des Schlussverwendungsnachweises betrage. Ein Rückbau der Detmolder Straße würde dem bewilligten Förderzweck entgegenstehen und die Rückforderung der Fördermittel auslösen.

Im Rahmen seiner Stellungnahme merkt Herr Gutknecht an, dass die

Verwaltung in ihrer Antwort mehr auf die Begründung seiner Anfrage als auf die Beantwortung derselben eingegangen sei. Im Übrigen habe er wenig Verständnis für die in der Antwort vorgenommenen Wertungen seitens der Verwaltung. Die Antwort der Verwaltung würde zudem früheren Äußerungen entgegenstehen. Während die Verwaltung in einer Presseerklärung die Aussage getroffen habe, der Verkehr würde reibungslos fließen, räume sie nunmehr die Überlastung einzelner Knotenpunkte ein. Angesichts der aktuellen Problemlagen könne er nicht nachvollziehen, dass die Verwaltung von einer derzeitigen zufrieden stellenden Baustellensituation spreche. Die von ihm angeführten verkehrsreduzierenden Prognosen habe er den Veröffentlichungen der „Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Städte, Gemeinde und Kreise“ entnommen, der auch die Stadt Bielefeld angehöre.

Herr Henningsen erklärt, dass die in der Fragestellung enthaltene Aussage zum aktuellen Zeitpunkt angesichts des Baufortschritts völlig unerheblich sei. Im Übrigen würde die Baustelle weiträumig umfahren, was erhebliche Mehrverkehre auf der Otto-Brenner-Straße und der Oldentruper Straße zur Folge habe. Unter Verweis auf entsprechende Presseberichterstattungen äußert Herr Henningsen die Befürchtung, dass insbesondere der Einzelhandel im Vorweihnachtsgeschäft die Konsequenzen eines baustellenbedingten Rückgangs an Käufern aus der Region zu tragen habe.

Herr Franz betont, dass langfristige Planungsprozesse nicht beliebig umgeplant werden könnten und sollten. Insofern lehne er es ab, sich an Spekulationen zu beteiligen, die ohnehin nicht realisierbar seien.

#### **Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.**

---

**Zu Punkt 4.4**  
(öffentlich)

#### **Bildung von Schulverbänden** **(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)**

##### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5738/2004-2009

##### Sachverhalt:

*Am 10.06.2008 hat der Schul- und Sportausschuss beschlossen, dass die zuständigen Bezirksvertretungen bei der Erörterung zur Bildung von Schulverbänden zu beteiligen sind (s. Protokoll des Schul- und Sportausschusses vom 10.06.2008 - öffentlich - TOP B 4.1).*

##### 1. Frage:

*Warum ist dieser Beschluss bisher noch nicht umgesetzt?*

##### 2. Frage:

*Wann wird der Beschluss des Schul- und Sportausschusses vom 10.06.2008, TOP B 4.1, umgesetzt und in der Bezirksvertretung Mitte als TOP behandelt?*

Der Schul- und Sportausschuss hat am 10.06.2008 die Verwaltung beauftragt, mit den Bezirksvertretungen Mitte, Dornberg und Brackwede und den betroffenen Schulkonferenzen die Einrichtung folgender Grund-

schulverbände zu erörtern:  
Hellingskamp / Volkening  
Josef / Bückardt  
Schröttinghausen / Babenhausen  
Hoberge / Dornberg  
Brockner Schule / Südschule

Dementsprechend habe das Amt für Schule noch vor den Sommerferien zunächst alle genannten Grundschulen über den Beschluss informiert. Ferner habe die Schulaufsicht dafür gesorgt, dass alle bereits freien Schulleitungsstellen zum Schuljahresbeginn kommissarisch besetzt seien, so dass die Rahmenbedingungen der Verbundlösungen nicht unter dem Druck akut vakanter Schulleitungspositionen erörtert und entschieden werden müssen. Einige Schulleitungen hätten bereits mündliche oder schriftliche Stellungnahmen abgegeben, die teilweise andere Verbundkonstellationen favorisierten und Auswirkungen für Grundschulen haben könnten, die im Beschluss des Schul- und Sportausschusses nicht genannt seien. Die Vor- und Nachteile der Alternativvorschläge hätten ferienbedingt noch nicht mit den Schulen erörtert werden können. Die Schulleitungen seien gebeten worden, nach den Sommerferien möglichst bald die Wahlen der neuen Schulmitwirkungsgruppen zu veranlassen, damit auch die Schulkonferenzen als unverzichtbare und zuerst anzuhörende Partner für die Entscheidungsfindung wieder zur Verfügung stünden.

Zur Zusatzfrage führt das Amt aus, dass die Verwaltung zunächst die Gespräche mit den Schulleitungen und Schulkonferenzen führen werde. Dies sollte möglichst bis zu den Herbstferien erfolgen. Eine Erörterung der Ergebnisse in der Bezirksvertretung wäre dann voraussichtlich in der Sitzung am 23.10.2008 möglich.

**Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.**

-.-.-

**Zu Punkt 4.5**  
(öffentlich)

**Aufstellung von Informationstafeln an der Sparrenburg**  
**(Anfrage der CDU-Fraktion)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5756/2004-2009

Sachdarstellung:

*In der Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 14.02.2008 erbat die Verwaltung die Zustimmung zu der Aufstellung einer Wanderwegetafel sowie einer Infotafel der Hermannshöhen / OWL-Marketing. Textänderungen schienen seinerzeit ausgeschlossen, weil die Tafeln angeblich fertig gestellt seien und unmittelbar nach der Vorstellung in der Bezirksvertretung aufgestellt werden sollten. Tatsächlich aber sind die Tafeln bis zum Zeitpunkt der Anfragestellung noch nicht aufgestellt worden.*

Frage:

*Ist das Gerücht zutreffend, dass die Tafeln bis heute noch nicht fertig gestellt sind und deshalb die Texte durchaus noch aktualisiert werden könnten?*

Zusatzfrage:

*Falls die Hauptfrage verneint wird, aus welchen Gründen sind die Tafeln trotz höchster Dringlichkeit nach sieben Monaten noch nicht aufgestellt worden?*

Herr Frank weist zunächst darauf hin, dass die Tafel „Hermannshöhen“ von OWL Marketing und die Wanderwegetafel vom Teutoburger Waldverein in Zusammenarbeit mit moBiel gefertigt werden sollte. Im Juni 2007 sei die Tafel von OWL Marketing fertig gewesen. Zur selben Zeit habe der Teutoburger Waldverein den Wunsch geäußert, eine Wanderwegetafel an der Sparrenburg zu installieren. Das Umweltamt habe im Rahmen einer koordinierenden Funktion beide Aktivitäten zusammengeführt und einen gemeinsamen Standort für die Tafeln gesucht. Aus welchen Gründen sich die langen Verzögerungen ergeben hätten, könne zum jetzigen Zeitpunkt nicht definitiv gesagt werden. Allerdings habe noch ein erheblicher Abstimmungsbedarf zwischen dem Teutoburger Waldverein und Bielefeld Marketing als Auftragnehmerin bestanden. Dies sei seines Wissens abgeschlossen, so dass die Tafeln voraussichtlich bis Oktober 2008 aufgestellt würden.

**Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.**

-.-.-

**Zu Punkt 4.6**  
(öffentlich)

**Masten an der Detmolder Straße für Fahrrad- und Beleuchtungsleitungen**  
**(Anfrage der CDU-Fraktion)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5757/2004-2009

Sachverhalt:

*Im Zuge des Umbaus Detmolder Straße sind als Ersatz für die bestehenden Masten - zunächst provisorisch - neue Masten aufgestellt worden. Weder fügen sich diese Masten aufgrund ihres Erscheinungsbildes allgemein in das Stadtbild ein, noch ist im Besonderen bei der Aufstellung Rücksicht auf denkmalgeschützte Objekte wie zum Beispiel das Alte Amtsgericht oder das Eckgebäude Gerichtsstraße / Detmolder Straße genommen worden. Zusätzlich wird im letzteren Fall der Fußgängerbereich noch weiter beeinträchtigt.*

Frage:

*Welche Möglichkeiten bestehen, auf einzelne Masten zu verzichten (etwa durch Wandbefestigung) bzw. die Standorte noch zu verändern?*

Zusatzfrage:

*Aus welchen Gründen sind bei der Vergabe der politischen Gremien nicht auf die gestalterischen Veränderungen des Straßenraums durch die Neustandorte der Masten hingewiesen worden?*

Das Amt für Verkehr teilt mit, dass im Zuge der Detmolder Straße ca. 90 Fahrleitungsmasten, vornehmlich als so genannte Seitenmaste, für die neue Hochkettenfahrleitung gesetzt würden. Wo immer dies möglich sei,

würde von diesen Masten auch die Beleuchtungsanlage aufgenommen. Die Aufhängung der Fahrleitung erfolge über eine Auslegerkonstruktion. Die Hochkettenanlage entspreche dem heutigen Standard, lasse eine größere Feldlänge (bis zu 60 m) zu und würde überdies hervorragende fahrdynamische Eigenschaften aufweisen. Die Anzahl der Masten habe sich nicht weiter reduzieren lassen, da zum einen keine weitere Bereitschaft der Eigentümer zu Wandbefestigungen hätte eingeholt werden können bzw. zum anderen die Bausubstanz, d. h. die Gebäudestatik und -höhe dieses nicht zugelassen hätte. Durch die massive Leitungsinfrastruktur und aufgrund der statischen Gegebenheiten seien Standortveränderungen nahezu ausgeschlossen, darüber hinaus seien sie mit finanziellem Aufwand verbunden. Aus stadtgestalterischen Gründen seien vor der Detmolder Straße Haus Nr. 13 und 15 die bisher im Stadtbild bekannten 6-Kant-Profile eingebaut. Diese Profile seien auch Gegenstand der öffentlichen EU-weiten Ausschreibung gewesen. Beauftragt sei gem. UStA-Beschluss vom 26.02.2008 jedoch ein Kombinationsangebot, das u. a. auch die wirtschaftlicheren Sonderprofile beinhalte. Die Profilform sei bei der Vergabeentscheidung nicht in Frage gestellt worden. Die stadtgestalterische Einbindung sei in diesem Zusammenhang geprüft worden. Mittlerweile seien nahezu alle Masten der ersten Hauptbauphase (Niederwall - Teutoburger Straße) gesetzt und einbetoniert worden. Das Gesamterscheinungsbild werde sich deutlich mindern, wenn die heute verzinkte Oberfläche den bekannten mattgrünen Farbauftrag zum Ende der Baumaßnahme erhalte.

Herr Meichsner macht darauf aufmerksam, dass dies im Rahmen des Vergabeverfahrens nicht Gegenstand der Diskussion gewesen sei. Darüber hinaus sei auch die Arbeitsgruppe Detmolder Straße nicht mit dieser Angelegenheit befasst worden. Im Übrigen werde auch ein Anstrich nicht dazu beitragen, dass die Masten mit denkmalgeschützten oder andersfarbigen Objekten wie z. B. dem Amtsgericht besser harmonisieren würden. Des Weiteren seien einige Masten so gesetzt worden, dass sie die Nutzung des Gehwegbereichs erheblich beeinträchtigen würden. Abschließend bittet er darum, in der nächsten Sitzung der Arbeitsgruppe über den Umgang mit Widersprüchen von Anwohnerinnen und Anwohnern zu berichten.

**Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.**

---

**Zu Punkt 5**

**Anträge**

**Zu Punkt 5.1**  
(öffentlich)

**Zurückversetzen der Betonbalken am Niederwall an den ursprünglichen Standort**  
**(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5730/2004-2009

Text des Antrages:

Beschlussvorschlag:

*Die Verwaltung wird gebeten, die beiden Betonbalken, die auf Grund von Bauarbeiten im Bereich der Parkbuchten Höhe Niederwall zwischen*

*Steinstraße und Straße Am Bach verlagert worden sind und seit geraumer Zeit am Taxistand „Pizza Hut“ zwischengelagert werden, an den alten von der Bezirksvertretung Mitte in Absprache mit der Verwaltung beschlossenen Standort zurückzusetzen.*

**Begründung:**

*Der Standort für die beiden Betonbalken auf der Stellplatzfläche am Niederwall zwischen der Steinstraße und der Straße Am Bach ist bei einem Ortstermin in Absprache mit der Verwaltung aus Gründen der Schadensabwehr festgelegt worden. Die Bauarbeiten, auf Grund derer die Balken verlagert wurden, sind seit längerer Zeit abgeschlossen und den Hinweisen von verschiedenster Seite zur Zurückversetzung der Balken ist die zuständige Verwaltungsstelle bis heute nicht nachgekommen.*

Im Rahmen einer Stellungnahme bittet das Amt für Verkehr von dem beantragten Zurückversetzen der beiden Betonbalken aus dem Bereich Taxistand, „Pizza-Hut“ zur Grantfläche an der ehem. WestLB Abstand zu nehmen. Es habe sich als notwendig erwiesen, die Grantfläche in Höhe der Umfahrt Körnerstraße im Bereich der Taxenstände ebenfalls dauerhaft gegen unberechtigte Pkw- und Lkw-Nutzung zu sichern. Die nach dort verlagerten zwei Betonbalken würden den vorgesehenen Zweck erfüllen und entsprächen dem dortigen Gesamterscheinungsbild. Da in Höhe der Einfahrt zur ehemaligen WestLB auf effektive Absicherungsmaßnahmen gegen widerrechtliches Parken ebenfalls nicht verzichtet werden könne, schlage die Verwaltung vor, die relevante Grantfläche durch drei vorhandene Betonbalken zu sichern. Dazu müssten

- a) ein Balken vor dem Parkleitsystem Hagenbruchstraße
- b) zwei Balken vor dem Geschäft „Optik-Sehenswert“

entsprechend umgesetzt werden. Auf der dann entstandenen Freifläche vor dem Optiker sollten sechs Fahrradbügel montiert werden, da hier ein entsprechender Bedarf bestehe. Die Neubeschaffung von zwei oder mehr Betonbalken sei aufgrund der geringen Stückzahl und der damit bedingten extremen Herstellungskosten nicht vertretbar. Absicherungen durch Holz- oder auch Metallpoller hätten sich aufgrund von Erfahrungswerten als sehr unterhaltungsaufwendig erwiesen. Die vorgeschlagene Lösung sei sowohl effektiv und stadtgestalterisch vertretbar wie auch wirtschaftlich.

Herr Gutknecht zeigt sich darüber erfreut, dass trotz anfänglicher Skepsis seitens der Verwaltung die Verwendung der Betonbalken mittlerweile eine hohe Akzeptanz gefunden hätte. Aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung stelle er seinen Antrag bis zur nächsten Sitzung der Bezirksvertretung im Oktober zurück. In der Zwischenzeit sollte die Angelegenheit im Rahmen eines interfraktionellen Gesprächs erörtert werden.

**Die Mitglieder der Bezirksvertretung Mitte stimmen dem Verfahrensvorschlag zu.**

**Zu Punkt 9**  
(öffentlich)

**Anpassung der Nikolaus-Dürkopp-Straße an den Einsatz breiter  
Stadtbahnwagen**

**und**

**Zu Punkt 10**  
(öffentlich)

**Stadtbahn im Dürkopp-Quartier**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5606/2004-2009 (zu TOP 9)

Drucksachennummer: 5639/2004-2009 (zu TOP 10)

Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 04.09.2008

Herr Franz verweist auf den vor der Sitzung anberaumten Ortstermin und hebt auf den vorliegenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion ab, der sich vornehmlich auf den Punkt 10 beziehe, aber - eine entsprechende Beschlussfassung vorausgesetzt - in Ziffer 2 auch Auswirkungen auf die vorgeschlagene Anpassung der Nikolaus-Dürkopp-Straße an den Einsatz breiter Stadtbahnwagen beinhalte. Er bittet sodann Herrn Meichsner um Begründung des Antrags.

Text des Antrags:

1. *Vor einer endgültigen Beschlussfassung sind unter Berücksichtigung der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes und unter Einbeziehung der Vision 2030 die folgenden Fragen zu prüfen und zu klären:*
  - a. *Ist die Anlage des Stumpfgleises als Provisorium gedacht oder soll die Verlängerung in das Dürkoppviertel Tor 6 der Einstieg in die Führung der Straßen- / Stadtbahn nach Heepen sein?*
  - b. *Auf welcher Trasse soll letztlich der schienengebundene ÖPNV nach Heepen geführt werden?*
  - c. *Welche Auswirkungen haben die unterschiedlichen Möglichkeiten der Trassenführungen nach Heepen auf die Planung der Führung der Stadtbahn in der Nikolaus-Dürkopp-Straße?*
  - d. *Nach welchen Kriterien sind die jeweiligen betrieblichen Auswirkungen unter Einbeziehung der Streckenabschnitte zwischen den Haltestellen Landgericht / Niederwall / Nikolaus-Dürkopp-Straße / August-Bebel-Straße / Oelmühlenstraße bis zur Haltestelle Oststraße bemessen worden?*
  - e. *Welche konkreten Grundvorstellungen liegen der Rahmenplanung zugrunde, wie sie in der Drucksache 5639 auf S. 3 so ausgeführt werden: „Zur weiteren Konkretisierung wird die Verwaltung die Auswirkungen der Maßnahme auf die Situation des fließenden und des ruhenden Verkehrs sowie auf den Radverkehr weiter konkretisieren. Dabei sind stadtgestalterische Aspekte besonders zu berücksichtigen und die Erschließung des Quartiers weiter zu optimieren.“?*
  - f. *Welche Auswirkungen hätte die Optimierung der „Erschließung des Quartiers“ für die Stadt?*

*g. In welchem Maße sind im Vorfeld Überlegungen angestellt worden, welche Belastungen sich für die unmittelbaren Anwohner aus dem Betrieb der Stadtbahn ergeben (wie z. B. Eigengeräusche der Stadtbahn, Lautsprecherdurchsagen, Warnsignalanzeigen bei Ein- und Ausstieg) und welche bauleitplanerischen Aussagen sind hierzu getroffen worden?*

*h. Wie ist der Zeithorizont und wurde dieser unter Berücksichtigung der Baumaßnahme Detmolder Straße erstellt?*

*2. Eine Entscheidung über die Drucksache 5606 „Anpassung der Nikolaus-Dürkopp-Straße an den Einsatz breiter Stadtbahnwagen“ ist bis zur Klärung der Fragen zurückzustellen.*

Herr Meichsner erinnert zunächst daran, dass bereits am 21.12.76 im Planungsausschuss die Notwendigkeit einer Umleitungsmaßnahme für die Stadtbahn vorgestellt worden sei. Im Rahmen der lebhaften Diskussion über eine mögliche Streckenführung durch die Ravensberger Straße, die Marktstraße oder die Nikolaus-Dürkopp-Straße sei am 15.02.77 mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU entschieden worden, die Straßenbahn provisorisch für längstens neun Jahre in die Nikolaus-Dürkopp-Straße zu legen. Im Zusammenhang mit dem Entwurfsbeschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes III/3/81.00 unter Einbeziehung der 133. Änderung des Flächennutzungsplanes sei in der Sitzung am 27.10.1998 beschlossen worden, dass eine Verlängerung der Stadtbahn über die Nikolaus-Dürkopp-Straße in die Teutoburger Straße mit der Weiterführung nach Heepen als Trassensicherung erfolgen sollte mit der Maßgabe, eine entsprechende Festlegung im Rahmen der Änderung des Flächennutzungsplanes zu treffen. Die CDU-Fraktion habe sich mit der Begründung, es handele sich um ein in sich geschlossenes homogenes Wohnquartier, auch hiergegen ausgesprochen. Aus den Vorlagen würde sich eine Vielzahl von Fragen ergeben, die im Antrag aufgeführt seien. Nachfolgend erläutert Herr Meichsner die Fragen im Einzelnen und betont, dass seine Fraktion den Vorlagen in der aktuellen Form nicht zustimmen werde.

Frau George lehnt unter dem Eindruck des Ortstermins die Planungen entschieden ab, zumal noch vor zwei Jahren von der Verwaltung gesagt worden sei, dass die Trasse nicht mehr Gegenstand der Planungen sei. Insbesondere vor dem Hintergrund des in dem Quartier ansässigen betreuten Wohnens seien diese Pläne den Anwohnerinnen und Anwohnern nicht zuzumuten. Sie beantragt sodann, die Verwaltung aufzufordern, die Vorlage zurückzuziehen.

Herr Gutknecht begrüßt grundsätzlich eine stärkere Nutzung des ÖPNV und erklärt in diesem Zusammenhang, dass die Entscheidung über eine Trassenführung nach Heepen längst überfällig sei. Bei diesen Planungen sei auch die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger zwingend erforderlich. Seine Fraktion lehne den von Frau George geforderten Planungsstopp ab. Vielmehr spreche er sich für eine Konkretisierung der Planungen unter Einbeziehung der im CDU-Antrag genannten Aspekte aus, um dann eine abschließende und fundierte Entscheidung zu treffen. Hierbei müssten auch den von den Anwohnerinnen und Anwohnern vorgebrachten Bedenken und Anregungen Rechnung getragen werden. Abschlie-

ßend betont Herr Gutknecht, dass angesichts der Wohnstruktur in diesem Quartier ein in zumutbarer Entfernung gelegener Hochbahnsteig benötigt werde.

Herr Micketeit legt dar, dass es sich bei dem Stumpfgleis nicht um eine Quartierserschließung handele. Die Anwohnerinnen und Anwohner lehnten die Führung der Straßenbahn in ihr Quartier ab und dieses Votum sei zu akzeptieren. Abschließend spricht er sich gegen die Weiterführung einer Stadtbahn nach Heepen aus, da diese Anbindung wesentlich wirtschaftlicher durch den Einsatz von Bussen erreicht werden könne.

Herr Ridder-Wilkens räumt ein, dass er den Planungen ursprünglich positiv gegenübergestanden hätte unter der Prämisse, dass über diese Haltestelle eine Weiterführung der Bahn nach Heepen erfolge. Dies sei jedoch nicht der Fall. Aufgrund der beim Ortstermin gewonnenen zusätzlichen Erkenntnisse vertrete er nunmehr die Auffassung, dass die Planungen einen massiven Eingriff in das Quartier darstellen würden, der große Beeinträchtigungen für die Anwohnerschaft bedeute. Von daher könne er den Planungen zum jetzigen Zeitpunkt nicht zustimmen.

Herr Klemme erklärt, dass die SPD-Fraktion dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen werde, da sie der Maßnahme ebenfalls kritisch gegenüberstehe. Im Übrigen sei davon auszugehen, dass keine Stadtbahn, sondern eine Niederflurbahn nach Heepen geführt werde, so dass dann zwei unterschiedliche Systeme mit entsprechenden Umsteigemöglichkeiten in dem Wohnbereich installiert werden müssten.

Herr Franz weist abschließend darauf hin, dass die Bebauung im Dürkopp-Quartier Ende der 90er Jahre als herausragendes Modellprojekt vorgestellt worden sei. Von daher erachte er es unter den Gesichtspunkten von Stadtgestaltung und Quartiersentwicklung als unangemessen, in dieses Quartier ein „Abstellgleis“ zu legen.

**Der Antrag von Frau George, die Verwaltung aufzufordern, die Vorlage zurückzuziehen, wird sodann mit großer Mehrheit abgelehnt.**

### **B e s c h l u s s:**

- 1. Vor einer endgültigen Beschlussfassung sind unter Berücksichtigung der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes und unter Einbeziehung der Vision 2030 die folgenden Fragen zu prüfen und zu klären:**
  - a. Ist die Anlage des Stumpfgleises als Provisorium gedacht oder soll die Verlängerung in das Dürkoppviertel Tor 6 der Einstieg in die Führung der Straßen- / Stadtbahn nach Heepen sein?**
  - b. Auf welcher Trasse soll letztlich der schienengebundene ÖPNV nach Heepen geführt werden?**
  - c. Welche Auswirkungen haben die unterschiedlichen Möglichkeiten der Trassenführungen nach Heepen geführt werden?**
  - d. Nach welchen Kriterien sind die jeweiligen betrieblichen Aus-**

wirkungen unter Einbeziehung der Streckenabschnitte zwischen den Haltestellen Landgericht / Niederwall / Nikolaus-Dürkopp-Straße / August-Bebel-Straße / Oelmühlenstraße bis zur Haltestelle Oststraße bemessen worden?

- e. Welche konkreten Grundvorstellungen liegen der Rahmenplanung zugrunde, wie sie in der Drucksache 5639 auf S. 3 so ausgeführt werden: „Zur weiteren Konkretisierung wird die Verwaltung die Auswirkungen der Maßnahme auf die Situation des fließenden und des ruhenden Verkehrs sowie auf den Radverkehr weiter konkretisieren. Dabei sind stadtgestalterische Aspekte besonders zu berücksichtigen und die Erschließung des Quartiers weiter zu optimieren.“?
- f. Welche Auswirkungen hätte die Optimierung der „Erschließung des Quartiers“ für die Stadt?
- g. In welchem Maße sind im Vorfeld Überlegungen angestellt worden, welche Belastungen sich für die unmittelbaren Anwohner aus dem Betrieb der Stadtbahn ergeben (wie z. B. Eigengeräusche der Stadtbahn, Lautsprecherdurchsagen, Warnsignalanzeigen bei Ein- und Ausstieg) und welche bauleitplanerischen Aussagen sind hierzu getroffen worden?
- h. Wie ist der Zeithorizont und wurde dieser unter Berücksichtigung der Baumaßnahme Detmolder Straße erstellt?

2. Eine Entscheidung über die Drucksache 5606 „Anpassung der Nikolaus-Dürkopp-Straße an den Einsatz breiter Stadtbahnwagen“ ist bis zur Klärung der Fragen zurückzustellen.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 6**  
(öffentlich)

**Vorstellung der Untersuchung zum Ostmanturmviertel und Bericht über den Stand der daraus gezogenen Konsequenzen einschließlich der bisher erfolgten Umsetzungen und des weiteren Vorgehens**

Herr Beigeordneter Kähler und Herr Kämper stellen die zentralen Ergebnisse der Haushaltsbefragung im Ostmanturmviertel dar (s. Anlage 1) und erläutern diese.

Unter Verweis auf die von Schülerinnen und Schülern der Lutherschule durchgeführte Untersuchung weist Herr Meichsner darauf hin, dass die Ergebnisse zur Gesamtbeurteilung der Situation im Ostmanturmviertel ebenfalls gewürdigt werden sollten. Erst die Zusammenschau ermögliche es, gemeinsam Handlungsansätze zu erarbeiten. Von daher rege er an, den Schülerinnen und Schülern vor der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung im Oktober die Möglichkeit einzuräumen, ihre Untersuchungsergebnisse zu präsentieren.

Auf Nachfragen von Herrn Micketeit und Herrn Meichsner erläutern Herr Kämper und Herr Beigeordneter Kähler das Verfahren der Haushaltsbefragung, die in enger Zusammenarbeit mit Studierenden der Fachhoch-

schule umgesetzt worden sei.

Herr Beigeordneter Kähler betont, dass die Untersuchung gezeigt habe, dass das Ostmanturmviertel nicht nur negativ gesehen werde sondern auch Stärken wie z. B. die citynahe Wohnlage mit der daraus resultierenden Infrastruktur aufweise. Gleichzeitig sei eine - im Verhältnis zu anderen Wohnbereichen - erhebliche Fluktuation festzustellen. Mithin stelle sich die Frage, ob das Ostmanturmviertel als „Durchgangsquartier“ hingenommen werde oder ob es in sich stabilisiert werden sollte.

Herr Gutknecht erklärt, dass er die positive Grundaussage der Untersuchung nicht gänzlich nachvollziehen könne, da ihm andere Aussagen von Hauseigentümern und Mietern vorliegen würden, die insbesondere mit der seit Sommer stattgefundenen Verlagerung der Szene von der Stadtbahnhaltestelle Hauptbahnhof in Zusammenhang stünden. Insofern seien die Ergebnisse der Haushaltsbefragung, die im Dezember 2006 durchgeführt worden sei, nicht aktuell. Im Übrigen sei das Untersuchungsgebiet so heterogen strukturiert, dass es schwierig sei, allgemeingültige Aussagen zu formulieren.

Frau George erklärt, dass die Ergebnisse der Untersuchung ein Beleg dafür seien, dass im Ostmanturmviertel eine „Aufbruchstimmung“ festzustellen sei und dass der Wohnbereich lebens- und liebenswert sei.

Nach weiteren Nachfragen von Herrn Langeworth, Herrn Klemme und Herr Ridder-Wilkens fasst die Bezirksvertretung folgenden

### **B e s c h l u s s:**

- 1. Die Bezirksvertretung Mitte nimmt die zentralen Ergebnisse der Haushaltsbefragung im Ostmanturmviertel zur Kenntnis.**
- 2. Sie bittet die Schülerinnen und Schüler der Lutherschule, ihre Untersuchungsergebnisse vor der nächsten Sitzung im Oktober zu präsentieren.**

-.-.-

**Zu Punkt 7**  
(öffentlich)

### **StadtParkLandschaft - Erlebnis- und Landschaftspark am Bielefelder Pass**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5522/2004-2009

Herr Frank ergänzt den in der Vorlage dargelegten Sachstand um die Mitteilung, dass zurzeit geprüft werde, ob nach dem erfolgreichen Testlauf des Sparrenmobils ein dauerhafter Betrieb erfolgen solle.

Herr Meichsner weist darauf hin, dass - obwohl die Vorlage als Informationsvorlage ausgewiesen sei - Beschlussvorschläge seitens der Verwaltung unterbreitet würden. Er spreche sich dafür aus, den Sachstandsbericht und die Darstellung der Umsetzungsschritte nur zur Kenntnis zu nehmen und die verschiedenen Fragestellungen im weiteren Verfahren zu diskutieren. Hierzu zählten z. B. die Fortführung des Sparrenmobils, die Konzeption für das Cultivarium oder die Frage einer Aufgabenbünde-

lung für den Bereich der Sparrenburg.

**Die Bezirksvertretung Mitte nimmt den Sachstandsbericht und die Darstellung der nächsten Umsetzungsschritte zur Kenntnis.**

-:-

**Zu Punkt 8**  
(öffentlich)

**StadtParkLandschaft - Parkpflegewerk II für den Johannisberg**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5523/2004-2009

Herr Meichsner stellt fest, dass die in der Vorlage aufgeführten Maßnahmen differenziert werden müssten und herauszuarbeiten sei, welche Maßnahmen durch die Stadt Bielefeld und welche Maßnahmen durch Private umzusetzen seien. In diesem Zusammenhang wünsche er sich eine synoptische Darstellung, um den Eindruck einer Prioritätensetzung durch die in der Vorlage enthaltene Gliederung der Maßnahmen in A - H zu vermeiden.

Herr Frank betont, dass die Anlage 1 zur Vorlage ein Extrakt aus dem künftigen Parkpflegewerk sei, in dem sämtliche Ziele und Maßnahmen aufgeführt seien. Zum jetzigen Zeitpunkt gehe es um die grundsätzliche Zustimmung der Politik zu den vorgestellten Maßnahmen der Zielplanung, um auf dieser Grundlage die wesentlich umfangreichere Endfassung des Parkpflegewerks erstellen zu können. Hiervon getrennt zu sehen sei die Frage der Prioritätensetzung, in deren Zusammenhang auch die Realisierbarkeit von Maßnahmen in Abhängigkeit von Besitzverhältnissen zu würdigen sei.

Auf den Hinweis von Herrn Henningsen, dass lt. Zielplanung eine erhebliche Anzahl von Parkplätzen im Bereich der Parkhauptachse nahezu ersatzlos entfallen würde, führt Herr Frank aus, dass die Parkplätze nicht ersatzlos entfielen, sondern auf den Festplatz verlagert würden. Im Übrigen hätte sich gezeigt, dass die Anzahl der Stellplätze in unmittelbarer Nähe zum Hotel nicht benötigt würde. Zur Zusatzfrage von Herrn Henningsen stellt Herr Frank fest, dass diese Maßnahme dem Betreiber des Hotels nicht bekannt sei. Herr Henningsen erklärt, dass die beabsichtigte Attraktivitätssteigerung zu einem erhöhten Besucheraufkommen führen werde und er vor diesem Hintergrund davor warne, Parkplatzflächen zu reduzieren.

Auf Nachfrage von Herrn Ridder-Wilkens zu den beabsichtigten Maßnahmen in Freiräumen in privatem Besitz erläutert Herr Frank, dass diese noch nicht mit den Eigentümern abgestimmt worden seien, da zunächst ein Votum der zuständigen politischen Gremien zur Zielplanung des Parkpflegewerks erforderlich sei. In der Lenkungsgruppe habe Einvernehmen bestanden, dass es um eine langfristige Zielplanung gehe, die unter Umständen im Laufe von Jahrzehnten umgesetzt werde.

Frau George erklärt, dass die Diskussion aus ihrer Sicht zeige, dass die Vorlage nicht entscheidungsreif sei. Herr Frank unterstreicht nochmals, dass die Verwaltung eine Zielplanung vorschlage, über die die politischen Gremien abschließend zu entscheiden hätten. Sofern hinsichtlich der Zielplanung Konsens bestünde, seien die einzelnen Maßnahmen in wei-

teren Verfahrensschritten auch in Kooperation mit Privaten umzusetzen.

Herr Meichsner weist darauf hin, dass im Gesamtpflegewerk auch die Entwicklung des Parkplatzes am Klettergarten und des Stellplatzes für Wohnmobile nachzutragen sei. Über seine bereits beantragte bloße Kenntnisnahme der Maßnahmen hinaus erachte er es jedoch als wichtig, über die allgemeinen kurzfristigen Maßnahmen der Zielplanung im Untersuchungsgebiet (S. 2 der Anlage 2) bereits zum jetzigen Zeitpunkt zu beschließen. Hierbei hätten insbesondere die notwendigen Verkehrssicherungsmaßnahmen höchste Priorität, die in der Hauptsache von Privaten durchzuführen seien.

Herr Frank entgegnet, dass sich der Auftrag des Parkpflegewerks auf gartendenkmalwürdigen Bereiche beziehe und der Festplatz am Johannisberg insofern davon auszunehmen sei.

Angesichts der historischen Bedeutung des Johannisbergs bittet Herr Hahn darum, eng mit dem Historischen Museum zu kooperieren. Des Weiteren sollte der auf dem Johannisberg vorhandene Oberflurhydrant aus der Kaiserzeit unbedingt sichergestellt werden.

Herr Gutknecht bittet darum, im Rahmen der Abstimmung über die allgemeinen kurzfristigen Maßnahmen das Freistellen der Sichtbezüge zur Stadt und zur Sparrenburg getrennt abzustimmen.

### **B e s c h l u s s:**

**1. Die Maßnahmen der Zielplanung des Parkpflegewerkes, ihre Zuordnung zu Bauabschnitten und die Prioritätensetzung werden zur Kenntnis genommen.**

**2. Der Realisierung der allgemeinen kurzfristigen Maßnahmen der Zielplanung im Untersuchungsgebiet (S. 2 der Anlage 2)**

- **Freistellen der Sichtbezüge zur Stadt und zur Sparrenburg**

**wird zugestimmt.**

- mehrheitlich beschlossen -

**3. Der Realisierung der folgenden allgemeinen kurzfristigen Maßnahmen der Zielplanung im Untersuchungsgebiet (S. 2 der Anlage 2)**

- **Verkehrssicherungsmaßnahmen**
- **Ausholzung des Unterwuchses zum Schutz des wertvollen alten Parkbaumbestandes**
- **Sicherung von Kleinarchitekturen und sonstigen Gartenartefakten vor dem weiteren Verfall**

**wird zugestimmt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 11**  
(öffentlich)

**Verwendung von Sondermitteln der Bezirksvertretung Mitte in 2008**

Beratungsgrundlage:

Schriftlicher Antrag des Turn- und Sportvereins Einigkeit 1890 Bielefeld  
Schreiben der CDU-Fraktion vom 20.08.2008  
Schreiben des Bezirksvorstehers vom 26.08.2008

Herr Franz verweist auf den vorliegenden Antrag des Turn- und Sportvereins Einigkeit 1890 Bielefeld e. V. auf Gewährung einer Zuwendung zu den Sanierungskosten der Skateboard-Anlage auf dem Kesselbrink.

**B e s c h l u s s:**

**Aus den für das Jahr 2008 bei der Haushaltsstelle 1.0000.561000.0 bereitstehenden Sondermitteln der Bezirksvertretung Mitte wird ein Zuschuss von 2.000 € an den Turn- und Sportverein Einigkeit 1890 Bielefeld e. V. für die Sanierung der Skateboard-Anlage auf dem Kesselbrink gewährt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 12.1**  
(öffentlich)

**Veranstaltungsfläche vor der Radrennbahn**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5747

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt (s. TOP „Vor Eintritt in die Tagesordnung“.)

-.-.-

**Zu Punkt 12.2**  
(öffentlich)

**Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Ampelschaltung an der Kreuzung Mindener Straße/Große-Kurfürsten-Straße

In Abarbeitung des am 14.08.2008 einstimmig beschlossenen Prüfauftrages teilt das Amt für Verkehr mit, dass am 19.08.2008 die Möglichkeit einer Abschaltung der Lichtsignalanlage (LSA) Mindener Straße/Große-Kurfürsten-Straße in der Verkehrskommission besprochen worden sei. Polizei und Amt für Verkehr hätten sich aus folgenden Gründen gegen eine Abschaltung dieser LSA ausgesprochen:

1. Die Sichtbeziehungen für Linksabbieger aus der Mindener Straße sowie für Linkseinbieger aus der Großen-Kurfürsten-Straße seien durch die vorhandenen Stützpfeiler beeinträchtigt. Vor Inbetriebnahme der LSA im Jahre 2004 hätte es keine Linksabbiegespur gegeben. Linkseinbieger aus der Großen-Kurfürsten-Straße hätten eine Aufstellmöglichkeit im Bereich der Mitteltrennung der Mindener Straße und damit eine bessere Sicht gehabt.

2. Neben der Sicherung des ein- und abbiegenden Kfz-Verkehrs diene die LSA vor allem der Sicherung der Fußgänger. Insbesondere Sehbehinderte könnten durch die LSA sicher die Supermärkte erreichen. Die Abschaltung der LSA würde eine deutliche Verschlechterung darstellen.
3. Der Vorteil des sicheren Ein- und Abbiegens sei deutlich höher zu bewerten als die geringe Beeinträchtigung des Kfz-Verkehrs auf der Mindener Straße. Fußgänger, Ab- und Einbieger erhielten nur auf Anforderung Grün, ansonsten stehe die LSA im Signalbild „Hauptrichtung Grün.“

Aus Gründen der Verkehrssicherheit könne die LSA nicht ausgeschaltet werden. Wegen der eingeschränkten Sicht vor allem für Linkseinbieger sei auch eine zeitweise Abschaltung in der Nacht nicht möglich.

**Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.**

---